

Chronik der ersten Wochen

Das Werk

Das Werk Obernburg der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG liegt zwischen Aschaffenburg und Miltenberg am Ufer des Mains. Das Flußtal trennt die Höhen von Spessart und Odenwald. Viele Arbeiter kommen täglich von weit her. Bei Kriegsende waren in diesem Werk 2.200 Menschen beschäftigt. Etwa tausend waren Ausländer, überwiegend Russen, Männer und Frauen aus den von den Deutschen besetzten Ostgebieten, aber auch dienstverpflichtete Belgier und einige Franzosen. Sie wohnten in Baracken unmittelbar am Werk.

Das Werk war ursprünglich zur Herstellung von Kunstseide für die Textilindustrie gebaut worden. 1923 hatte man mit der Produktion begonnen. In den dreißiger Jahren wurde bei VGF ein Verfahren zur Herstellung hochfester Garne aus Zellstoff entwickelt, Garne, die an Stelle von Baumwolle für die Gewebeeinlagen von Autoreifen geeignet waren. 1938 wurde im Werk Obernburg mit der Herstellung dieser Garne begonnen. Der akute Devisenmangel im Dritten Reich förderte den raschen Ausbau der Anlagen. War zunächst eine Produktion von 15 Tagestonnen geplant, so wurde Ende 1939 nach dem Kriegsausbruch trotz Rohstoffmangel und fehlender Arbeitskräfte eine Erweiterung auf 25 Tagestonnen gefordert. Im August 1941 wurden schließlich auch die Anlagen, die bis dahin textile Kunstseide produziert hatten, auf Reifengarne umgestellt.

Das Werk war bis auf einen Jagdbomberangriff im Februar 1945, bei dem die Produktionsanlagen nur geringfügig beschädigt, aber vier ausländische Arbeitskräfte getötet worden waren, vom Krieg verschont geblieben.

In der Nacht vom 22. auf den 23. März hatten die amerikanischen Truppen bei Oppenheim den Rhein überschritten. Es war damit zu rechnen, daß die Panzer die Ebene bis hin nach Aschaffenburg rasch durchfahren würden. Die Büros der Hauptverwaltung in Aschaffenburg wurden in Eile geräumt, wichtige Akten in das Werk Obernburg gebracht und dort in einem Keller gelagert. Das Vorstandsmitglied Rathert leitete die Aktion. Der Gesamtvorstand von VGF trat am Nachmittag des 23.3. noch einmal in Klingenberg zusammen. Rathert⁶ berichtete später: „Die von mir getroffenen Maßnahmen wurden gebilligt, insbesondere auch die Gehaltszahlung für 2 Monate (März, April) für die Angestellten [der Hauptverwaltung in Aschaffenburg]. Das Werk Obernburg durfte unter keinen Umständen dem Feind führerlos übergeben werden. Ich habe daher im Vorstand die Frage aufgeworfen, wem die Werksführung zumindest bis zum Eintreffen des Feindes nach Abrücken der Wehrmacht und allenfalls des Volkssturmes [die bisher nicht wehrdienstpflichtigen Männer] übertragen werden soll. Da Herr Dr. Strube als Batl.-Kommandeur und in seiner politischen Stellung⁷ für diesen Posten ungeeignet erscheint und die maßgebenden Herren des Werkes Obernburg jüngerer

Alters sind, schlug Herr Dr. Vits vor, mich mit dieser Tätigkeit zu beauftragen. Ich habe dazu meine Zustimmung erklärt. Herr Schmekel schlug dann vor, in Kleinwallstadt⁸ zu bleiben, um von dort aus für den Rest der Verwaltung verantwortlich zu bleiben. Die beiden anderen Herren [Vits und Ritzauer] sollten sich rechtzeitig nach Coburg absetzen [dort unterhielt VGF ein kleines Verkaufsbüro], um dem Rumpf des Konzerns mit den [bis dahin] im unbesetzten Deutschland noch tätigen Werken Führer und Vorstand zu sein.“

Noch in der Nacht zum 24. März folgte ein schwerer Bombenangriff auf Aschaffenburg. Am 25. März drangen die ersten Feindpanzer in die Stadt ein. Strube forderte im Werk Obernburg als Bataillonskommandeur des örtlichen Volkssturms von Rathert die militärische Verteidigung des Werkes und die Evakuierung der Angestelltenwohnungen am Werk. Rathert widersetzte sich dieser Forderung. Der Einsatz des Volkssturms zur Verteidigung des Werkes sei abzulehnen, da weder Ausrüstung noch Bewaffnung vorhanden seien und insbesondere die Mitglieder des Volkssturms keine Soldbücher hatten. Sie wären nach dem Kriegsrecht als Partisanen zu behandeln gewesen. Strube traf provisorische Maßnahmen, um die geeignete Legitimierung der Volkssturmangehörigen zu sichern. Rathert, der nach dem Verlust seiner Wohnung in Wuppertal durch Bombenangriff mit seiner Familie am Werk eine Wohnung gefunden hatte, lehnte es auch ab, die Häuser der unmittelbar am Werk wohnenden leitenden technischen Angestellten und Meister – die sogenannte „Kolonie“ – zu evakuieren. Strube bestand auf seinem Befehl als Bataillonskommandeur. Die Durchführung verzögerte sich jedoch. Am Abend des 25. März gingen deutsche Nebelwerferbatterien am Waldrand östlich des Werkes in Stellung. Volkssturmeinheiten aus benachbarten Dörfern wurden im Werksgelände am Mainufer zu Schanzarbeiten eingesetzt. Beim ersten Artilleriebeschuß am 27. März erhielt das Werk 32 Treffer, die keinen größeren Schaden anrichteten, aber Veranlassung gaben, die schon vorher eingeleitete Stillegung des Werkes abzuschließen. Das Feuer unter den Kesseln der Energieanlage wurde gelöscht. Schon am Tage vorher waren kaum noch Arbeiter in der Fabrik zur Arbeit erschienen. Auch die Ausländer aus den Baracken, die bis zuletzt noch den Dienst versehen hatten, waren ausgeblieben.

In der Nacht zum 26. März wurden die beiden nächstgelegenen Brücken, die Straßenbrücke nach Obernburg und die Eisenbahnbrücke bei Erlenbach, von der Wehrmacht gesprengt. Am 28. März rückten die Amerikaner mit Panzern in Obernburg ein. Deutsches Granatwerferfeuer traf über das Werk hinweg die am Gegenufer liegende Stadt und wurde von den Amerikanern erwidert. Am 29. März führte fast den ganzen Tag andauernder Artilleriebeschuß insbesondere durch Phosphorgranaten zu schweren Gebäudeschäden im Werk. Die Bedeckung der Schutzräume mit Zellstoff, dem Rohstoff für die Kunstseidenherstellung, wurde nun zum Verhängnis. Bei Fliegerangriffen wirksamer Bombenschutz, waren die entzündlichen Zellstoffballen jetzt die Ursache für schwere Brände. Mit Einbruch der Dunkelheit wurden die in Werksnähe in Baracken untergebrachten „Ostarbeiter“ in Begleitung von Werkschutzmännern auf der Landstraße in Richtung Miltenberg in Marsch gesetzt. Strube erklärte Rathert: „... daß mit einer Verteidigung der Werksanlagen und schweren Kampfhandlungen zu rechnen sei. Es sei nicht

mehr zu verantworten, daß eine solch große Zahl von Zivilbevölkerung in der HKL [Hauptkampflinie] verbleibe. Er fordere daher, daß heute nacht gegen 22.30 Uhr die Zivilbevölkerung endgültig abrücke und beauftragte mich, diesen Transport über die Orgelwiese in Richtung Streit [nahegelegener Spessartort] und andere Gemeinden durchzuführen. Er selbst werde sich nunmehr absetzen, um zunächst Quartiere für die Zivilbevölkerung vorzubereiten und dann auf Weisung des Gauleiters andere Aufträge im Gau zu erfüllen. Er beauftragte Herrn Major von Wittgen mit der Führung des Volkssturms, der aufzulösen sei.“

Da auch die schwachen Wehrmachtsverbände sich – mit Ausnahme eines Postens an einem der Werkstore – noch im Verlauf des Abends zurückzogen, teilte Rathert, nunmehr auf sich gestellt, den bereits seit mehreren Tagen und Nächten in den Werksbunkern ausharrenden Bewohnern der „Kolonie“ mit, „daß nunmehr die bereits angekündigte Rückführung nicht mehr in Frage komme und daß alle diese eine Nacht noch, einerlei unter welchen Bedingungen, in den Bunkern auszuhalten haben, da mit dem Abrücken der deutschen Truppen der Einmarsch der Amerikaner für den nächsten Tag mit Sicherheit zu erwarten sei. Es herrschte nach dem langen Bunkerleben trotz der Schwere der Verhältnisse sichtliche Erleichterung.“

Die Amerikaner überschreiten den Main

Am Karfreitag, dem 30. März 1945, erschien nach einer nochmaligen Beschießung der vom Vortag noch brennenden Anlagen mit Phosphormunition gegen 11 Uhr im Werk eine amerikanische Patrouille, gefolgt von einer größeren Einheit. Dieser Verband zog aber schon bald weiter – den sich weiter zurückziehenden deutschen Truppen nach. Erst am Nachmittag rückte eine Besatzungstruppe ein. Sie traf Vorbereitungen, um in unbeschädigt gebliebenen Fabrikräumen eine Reparaturwerkstatt für Panzer und Kraftwagen einzurichten. Auf einer von amerikanischen Pionieren gebauten Pontonbrücke rollten bald größere Kolonnen über den Main.

In Erlenbach hatten deutsche Spähtrupps die Häuser der Siedlung als Deckung gegen die am anderen Mainufer liegenden Amerikaner genutzt, während sich deutsche Nebelwerfer und amerikanische Artillerie über die Häuser hinweg beschossen. Die Bewohner verbrachten die Nacht zum Karfreitag in den primitiven Kellern, die sie kurz zuvor noch mit am Bahnhof Erlenbach lagernden Grubenholzstreben abgestützt hatten. Amerikanische Amphibienfahrzeuge hatten auch hier in der Nacht den Main überschritten. Um 6 Uhr morgens schlugen Gewehrkolben gegen unsere Haustür. Ich öffnete. Die Frage eines amerikanischen Sergeanten „Are you a German soldier?“ verneinte ich auf Englisch. Nach einem kritischen Blick auf die feldgraue Skihose, die ich trug, stürmten zwei Amerikaner in den Oberstock. Auf die weitere Frage, „who is down there?“ genügte ihnen die Antwort „my family only, my wife with two children“. Die schmale Treppe hinunter war dunkel – das Licht war seit Tagen ausgefallen. Wir hatten die Nacht auf Matratzen zugebracht, die wir auf die Kartoffelkisten gelegt hatten. Von den wenigen Männern in der Siedlung wurden bei dieser Durchsuchung einige gefangen-

genommen. Sie kamen erst nach vielen Monaten aus französischen Hungerlagern zurück.

Eine Pontonbrücke, die im Schutz einer weitgezogenen künstlichen Nebelwand im Dorf nahe der gesprengten Eisenbahnbrücke gebaut worden war, war auch in den kommenden Tagen immer wieder das Ziel deutscher Tiefflieger, die den amerikanischen Nachschub zu stören versuchten. Schwere amerikanische Artillerie hatte auf den Höhen westlich des Mains Stellung bezogen.

Im Werk hatten inzwischen Plünderungen eingesetzt. Die Lebensmittel für die Werksverpflegung und das Magazin – die Lagerräume für vielfältige Werksbedürfnisse – waren das erste Ziel. Rathert berichtet über das Geschehen im Werk am 31. März, dem Ostersonnabend des Jahres 1945: „Gegen 8 Uhr wurde ich benachrichtigt, daß unser Lebensmittelbunker im Kordkeller [Lager für Reifengarne] bereits während der Nacht durch deutsche Gefolgschaftsmitglieder⁹ geplündert worden war. Die Belgier begannen, angeblich aus Sorge um die eigene Ernährung, diese Plünderungen in starkem Maße fortzusetzen. Mit einigen beherzten Meistern wurden die Plünderer herausgeholt. In einer Aussprache mit einigen Vertretern der Belgier regelte ich, daß die Lebensmittel in der Sanitätsbaracke sichergestellt wurden und deutsche wie ausländische Gefolgschaftsmitglieder gleiche Rationen bekommen sollten. Nach dieser Regelung trat Beruhigung ein... Am Nachmittag begannen Russen, Belgier und deutsche Gefolgschaftsmitglieder die Kantine und Küche sowie die Vorratsräume und das Magazin zu plündern. Mit Major von Wittgen versuchte ich, die Plünderer, die zum Teil mit Handwagen gekommen waren, zurückzuhalten und das gestohlene Gut an den Entnahmestellen abzuladen. Der Aktion schien Erfolg beschieden zu sein, es wurde alles wieder abgeladen, die Namen der Plünderer festgestellt, bis ein deutschsprechender Amerikaner erschien, der mich zur Rede stellte. Er fragte mich nach meiner Stellung, nach dem Eigentum des Werkes, der Nationalität der Plünderer und gab mir dann in gröbster Weise zu verstehen, daß ich hier nichts mehr zu sagen hätte, das Werk mit allem Inventar sei amerikanisches Eigentum, die Gefolgschaftsmitglieder sollten sich nehmen, was sie brauchten. Da mehrere hundert Plünderer diese Entscheidung mit anhörten, war die Plünderung nicht mehr aufzuhalten. In unvorstellbarer Weise haben sich selbst Angestellte mittlerer Grade, Bewohner aus allen umliegenden Ortschaften an den Plünderungen beteiligt. Nicht nur Lebensmittel und Textilien, sondern Büromöbel, Beleuchtungskörper, Gardinen und alles Bewegliche wurden entführt. Am schwersten machten sich die Plünderungen an unseren Werkzeugbeständen in den Handwerkerbetrieben und Magazinen bemerkbar. Spätere Versuche, die Plünderer an den Toren aufzuhalten, führten nicht mehr zum Erfolg.“

Einige der Angestelltenhäuser am Werk wurden am nächsten Tag für amerikanische Offiziere beschlagnahmt. Da die Ausgehzeit für Deutsche auf die Zeit von 7 bis 17 Uhr festgesetzt worden war¹⁰, war ein Werkschutz nachts unmöglich. So wurde in den folgenden Nächten besonders durch Ausländer, die in ihrer Bewegungsfreiheit nicht beschränkt waren, weiter geplündert. Auch fertige Reifengarne wurden in größeren Mengen weggeschleppt.

In den Tagen nach der Besetzung war es nur eine kleine Gruppe von Menschen,

Führungskräfte und Arbeiter des Werkes, die mit Rathert versuchten, im Werk wieder einen ersten Ansatz von Ordnung herzustellen. Die seit der Beschießung immer noch andauernden Brände wurden durch Abriegeln und Einreißen von Wänden eingedämmt. Wasser- und Stromversorgung waren wie allenthalben sonst bis zum Ingangsetzen von Notaggregaten unterbrochen. Die Bewegungsfreiheit aller Deutschen war durch die Besetzung auf sechs Kilometer im Umkreis des Wohnorts beschränkt worden¹⁰. Immer wenn Einheiten der im Werk untergebrachten amerikanischen Truppen den Weitermarsch antraten und damit auch die in der „Kolonie“ für die Offiziere beschlagnahmten Wohnungen aufgegeben wurden, sammelten sich schon Stunden zuvor Gruppen von deutschen und ausländischen Plünderern. Mit dem Heraustreten des letzten Amerikaners setzte ein Sturm in die Häuser ein. Die Einrichtung – Eigentum der hilflos danebenstehenden Werksangehörigen – wurde weggeschleppt oder zerschlagen.

Am 5. April war im Magazin ein Brand entstanden. Als Unbekannte dort verwahrte Materialien auch noch mit Benzin übergossen, hatte er riesige Ausmaße angenommen. Auch Gasflaschen kamen zur Explosion. Das veranlaßte endlich die amerikanische Militärpolizei zu der Zusage, daß keine Plünderungen mehr zugelassen würden. In einem Bahnwärterhaus in der Nähe des Werkes richtete sich eine amerikanische Wachmannschaft ein, die auch dem Werk helfen sollte. Trotzdem kam es immer wieder zu Zwischenfällen. Rathert berichtet zum 7. April: „Die evakuierten Belegschaften des Russen- und Belgierlagers waren inzwischen zum größten Teil in die Baracken zurückgekehrt, hatten sich in den Ortschaften Lebensmittel beschafft, zum Teil im Austausch gegen Kord, plünderten weiter im Werk. Die Bestände an Schweinen, Kaninchen und Hühnern [für die Werksverpflegung im Krieg dort gehalten] wurden abgeschlachtet und wanderten in die Kochkessel, ohne daß trotz aller Versuche mit der an sich ruhigen Belgier-Küchenverwaltung eine sparsame Ordnung hätte durchgeführt werden können. Der Zuwachs im Russenlager steigerte sich täglich, nachdem die Bauern in der Umgebung ihre fremdländischen Arbeitskräfte abgestoßen hatten mit dem Hinweis, daß im Glanzstofflager ohne Arbeitsleistung freie Unterkunft und Verpflegung gewährt werde. Die Amerikaner verlangten inzwischen, daß die Verpflegung der ausländischen Arbeitskräfte sicherzustellen sei und im übrigen besser sein müßte als die der Deutschen. Die Beschaffung der Verpflegung wurde der Werksleitung auferlegt. Erfreulicherweise konnten zur Vermeidung von Zwischenfällen Lebensmittel ausreichend beschafft werden.“

Die ersten Schritte nach draußen

Am 12. April konnte Verbindung mit den in Aschaffenburg gebliebenen Mitarbeitern der Hauptverwaltung aufgenommen werden. Zwei Angestellte aus der Hauptverwaltung, die Leiter der Personal- und der Finanzverwaltung, machten sich ohne Ausweis auf den Weg nach dem 20 km entfernten Aschaffenburg. Sie brachten einigermaßen beruhigende Nachrichten zurück. Die länger dauernde Beschießung der Stadt hatte unter den Mitarbeitern keine Opfer gekostet, zwei waren als Volkssturmverpflichtete noch in Gefangenschaft geraten, das Behelfs-

büro der seit Herbst 1943 provisorisch in Aschaffenburg eingerichteten Hauptverwaltung, ein früheres Warenhaus, war unbeschädigt geblieben. Die Verpflegung der wenigen in Aschaffenburg noch wohnenden Mitarbeiter war jedoch äußerst mangelhaft.

In Miltenberg war inzwischen eine Dienststelle der amerikanischen Militärregierung gebildet worden, die für die drei Kreise Miltenberg, Obernburg und Marktheidenfeld einen deutschen Oberlandrat, den früheren Bürgermeister von Miltenberg, Schwesinger, eingesetzt hatte. Nachdem der deutsche Kampfkommandant festgestellt hatte, daß sich keine deutschen Truppen mehr in Miltenberg befanden, war er im Auftrag einer Bürgergruppe zusammen mit einigen anderen auf der Landstraße nach Kleinheubach den amerikanischen Panzern mit einer weißen Fahne entgegengegangen. Rathert berichtet: „Gemeinsam mit Herrn Dr. Vaubel fuhr ich mit dem Fahrrad ohne Ausweis am Freitag den 13. April nach Miltenberg und erhielt nach Darlegung der örtlichen Verhältnisse vom amerikanischen Kommandeur durch Oberlandrat Schwesinger den Auftrag, das Werk Obernburg instandzusetzen und die Produktion vorzubereiten. Irgendwelche Hilfen an Material konnten nicht geleistet werden. Infolge Zerstörung sämtlicher Brücken sowohl an der Eisenbahn wie über den Main, war mit Ingangkommen der Schifffahrt oder des Eisenbahnverkehrs auf lange Zeit nicht zu rechnen. An keiner Stelle waren Aufräumungstrupps zu beobachten. Ich habe Herrn Oberlandrat Schwesinger als dringendstes Erfordernis für das Ingangkommen der Produktion die Instandsetzung der Eisenbahn geschildert. Die Amerikaner vertraten den Standpunkt, daß, solange der Krieg dauere, nur die Interessen der amerikanischen Wehrmacht zu berücksichtigen seien und die deutsche Wirtschaft erst später in Gang kommen könne.“

Für die unbehinderte Rückfahrt nach Obernburg erhielten die Emissäre auf Fahrrädern einen Passierschein. Der Erfolg dieses ersten Kontaktes mit einer wieder örtliche Staatsgewalt in Anspruch nehmenden Stelle war vor allem die Aushändigung von „Ausweisen“ für eine kleine Anzahl Mitarbeiter. Sie sollten – durch weiße Armbinden gekennzeichnet – berechtigt sein, als Hilfspolizisten die Ordnung im Werksbereich wahrzunehmen. Darüber hinaus bedeutete der „Auftrag, das Werk instandzusetzen und die Produktion vorzubereiten“ eine moralische Ermutigung von hohem Wert für alle, die wie Rathert in den Jahren des Bombenkrieges immer wieder ihre ganze Kraft dafür eingesetzt hatten, die Zerstörungen in den verschiedenen VGF-Betrieben so schnell wie möglich wieder zu beseitigen.

An eine Wiederaufnahme der Produktion war auf absehbare Zeit ernsthaft nicht zu denken. Und doch mußte schon mit Rücksicht auf die nur noch begrenzt vorhandenen Barmittel entschieden werden, in welchem Umfang Arbeitskräfte überhaupt eingesetzt und entlohnt werden konnten. Diejenigen Abteilungen wurden bevorzugt instandgesetzt, die den geringsten Schaden erlitten hatten. Zunächst wurden 150 und nach einer Woche 180 Handwerker eingesetzt. Die tägliche Arbeitszeit betrug mit Rücksicht auf die beschränkten Verkehrszeiten und die Schwierigkeiten der Verpflegung sechs Stunden ohne Pausen. Die in Behelfsunterkünften in Erlenbach und Klingenberg untergebrachten Teile der Buchhaltung der Hauptverwaltung – teilweise geplündert – sollten täglich vier Stunden

arbeiten. Die Löhne der Arbeiter wurden nach den bisher geltenden Tarifen bezahlt. Die Angestellten erhielten ihre Gehälter mit Abschlägen, die nach der Höhe gestaffelt waren – bis zu RM 150 Monatsgehalt 100%, bei höheren Gehältern 75, 60 oder nur 50%. Der Höchstsatz betrug RM 500 pro Monat. Tägliche Werksbesprechungen wurden angesetzt. Die im erweiterten Werksraum wohnenden leitenden Mitarbeiter der Hauptverwaltung kamen wöchentlich an zwei festen Terminen zusammen¹¹.

Erst ab 19. 4. konnten Geldabhebungen in Höhe von 100 Reichsmark je Woche bei den Banken und Sparkassen erfolgen. Für Lohn- und Gehaltszahlungen konnte über die gleichen Summen verfügt werden. Wegen Mangel an Geldscheinen wurde von den Landkreisen mit Genehmigung der Militärregierung Notgeld ausgegeben. In einem Pförtnerhaus des Werkes wurde ein „Rumpflohn- und Informationsbüro“ eingerichtet. Dort sollten auch die ausländischen Besucher empfangen werden, die zunehmend im Werk erschienen: „Es soll für die ständige Anwesenheit eines Gefolgschaftsmitgliedes gesorgt werden, das soviel Englisch spricht, um die Wünsche amerikanischer Militärs in Empfang zu nehmen und für entsprechende Weiterleitung sorgen zu können. Der jeweils in Betracht kommende Herr wird sich dann in der Regel ebenfalls zum Pförtner 2 begeben“ (Notiz des Verf. vom 17. 4. 1945).

Vordringlich war auch, möglichst viel von dem bei den Plünderungen gestohlenen Gut zurückzuholen. Viele Plünderer machten sich die Ausrede zu eigen, sie hätten die weggeschleppten Gegenstände „sicherstellen“ wollen, um sie dem Werk zu erhalten. Daran konnte angeknüpft werden. Man konnte ihnen helfen, ihr Gesicht zu wahren. Rathert berichtet: „Ich habe einige Tage nach der Plünderung ca. 30 ausgewählte Gefolgschaftsmitglieder versammelt, ihnen die Auswirkung der Plünderung auf die Instandsetzung des Werkes klargemacht und sie verpflichtet, in Trupps zu je drei Mann sämtliche Häuser der Siedlung sowie auch besonders bezeichnete Häuser in anderen Ortschaften aufzusuchen, dort nach sichergestellten Materialien eindringlich zu fragen und diese zu notieren mit dem Ziel, das Gut in den nächsten Tagen zurückzubringen. Diese Maßnahme hat zu dem Erfolg geführt, daß etwa 50 Prozent des gestohlenen Gutes abgegeben wurden, wobei allerdings Lebensmittel und Textilien zum allergrößten Teil bereits verschwunden waren. Werkzeuge in geringerem Umfange, Möbel aller Art wurden fast hundertprozentig zurückgegeben.“ Weitere Haussuchungen mit Hilfe der wieder eingesetzten Polizei und Landgendarmarie – Uniformen waren nur teilweise vorhanden – führten zur Rückgabe weiteren wertvollen Materials. Aber es mehrten sich die Klagen über das Auftreten von Ausländern, die beim Plündern mit Waffen drohten. Für einen Fahrbetrieb mit werkseigenem Boot zum anderen Mainufer, der nur für schriftlich ausgewiesene Werksmitarbeiter bestimmt war, mußte beim Landrat Antrag auf Polizeischutz gestellt werden. Der Abtransport der letzten Russen und Belgier erfolgte am 26. April abends.

Gestützt auf eine mündliche Zustimmung des Oberlandrats in Miltenberg suchte Rathert am 28. April den ersten Kontakt mit dem ca. 50 Kilometer entfernten Werk Kelsterbach, das die Besetzung trotz Artilleriebeschusses und einiger Schäden „im allgemeinen gut überstanden hatte“. Ich begleitete ihn. Wir fuhren

mit unseren Fahrrädern auf Nebenstraßen und Waldwegen. Unsere Personalausweise waren nur im Umkreis von sechs Kilometern um Erlenbach gültig. Wir mußten vermeiden, auf den mit Militärtransporten überfüllten Hauptstraßen amerikanischen Kontrollen in die Hände zu fallen. Die Nacht konnte ich bei der Familie eines Kelsterbacher Mitarbeiters verbringen. Am nächsten Morgen fuhr ich allein weiter durch den Taunus nach Gießen, um dort nach meinen Eltern zu sehen. Die Stadt war wiederholt von schweren Luftangriffen getroffen worden. Meine Eltern lebten – wenn auch unter kümmerlichen Umständen. Das Dach ihres Hauses war bei einem Fliegerangriff am 6. Dezember 1944 in Brand geraten, der Dachstock zu einem Teil abgebrannt. Amerikanische Posten an Straßenkreuzungen fahndeten noch allenthalben nach deutschen Soldaten. Wiederholt mußte ich zu der Behauptung Zuflucht nehmen, mein für Erlenbach am Main ausgestellter Ausweis gelte auch im weiteren Umkreis von Frankfurt am Main. Daß ich mich in Englisch ausdrücken konnte, verhütete wiederholt die Gefangennahme. Anderen, die sich an den Kontrollstellen in ähnlicher Lage an mich zu klammern suchten, konnte ich nicht helfen. Nach Kelsterbach zurückgekehrt, fuhr ich mit Rathert am 2. Mai wieder abseits der Straßen nach Obernburg zurück. In der Nähe von Mömlingen im Odenwald noch 10 Kilometer vom Werk entfernt – es begann dunkel zu werden – platzte an Ratherts Rad ein Reifen. Ein des Wegs kommender Arbeiter aus den Veith Gummiwerken holte uns einen Ersatzschlauch gegen das Versprechen späterer Gegenleistung in Textilien.

Inzwischen war Strube, der frühere Werksleiter, Bataillonskommandeur und Organisator des Volkssturms, der sich am 29. März abgesetzt hatte, zurückgekommen. Er hatte Rathert nicht angetroffen, sich aber dann in Miltenberg bei dem Oberlandrat gemeldet. Da er als bekannter Nationalsozialist an vierter Stelle auf der Liste der Festzunehmenden stand, mußte er der Militärregierung vorgeführt werden, die ihn in ein Internierungslager in Hammelburg bei Schweinfurt bringen ließ. Der Oberlandrat hatte bereits am 23. April bei einem Besuch, an dem auch Ritzauer teilgenommen hatte, darauf hingewiesen, daß die amerikanische Militärregierung von allen Angestellten mit einem Monatsgehalt über RM 350 die Abgabe von Personalfragebogen verlange. Zehn Formulare waren bereits mitgegeben worden. Sie enthielten eingehende Fragen nach der bisherigen politischen Tätigkeit, nach der Mitgliedschaft in Organisationen, nach der Positionsentwicklung seit 1930, nach der Gehaltsentwicklung seit 1933 usw. Es ging zunächst nur um die, die jetzt weiter beschäftigt werden sollten. Ritzauer hatte sich beim Oberlandrat um eine Genehmigung zu einer Reise nach Wuppertal bemüht. Doch daran war vorläufig nicht zu denken. Die Ausfüllung der Fragebogen wurde bei seinem Besuch in Miltenberg wieder energisch verlangt.

Von den vier Vorstandmitgliedern der VGF mit den zahlreichen über das gesamte bisherige Reichsgebiet verteilten Werken waren jetzt drei am Werk Obernburg versammelt. Von Vits, der zunächst in Coburg verblieben war, fehlte noch nähere Nachricht. Rathert, Ritzauer und Schmekel trafen sich fast täglich in Ratherts Wohnung. Ihre Beschlüsse betrafen vor allem das Werk Obernburg, an das sich zunächst alle Hoffnungen klammerten¹². Rathert berichtet später: „Nachdem im Werk eine kleine Gefolgschaft die Instandsetzung des Werkes förderte, wurden

bei der Verwaltung einzelne Angestellte eingesetzt, für die Arbeit wirklich vorlag. Es wurde bei der Ungeklärtheit der Lage bei den übrigen Werken und der Unbestimmtheit, wann die Erzeugung in den einzelnen Produktionsstätten wieder aufgenommen werden könnte, der Standpunkt verfolgt, die Mittel des Konzerns auf das Schärfste zusammenzuhalten... Trotz aller Einsparungsmaßnahmen war der örtliche Vorstand sich darüber im klaren, daß bei den Mitteln, über die der Konzern verfügte, eine Unterstützung der nicht eingesetzten Gefolgschaftsmitglieder (Arbeiter und Angestellte) in einem solchen Umfang, wenigstens zur Zeit bis zum Anschluß an die Produktionsaufnahme, durchzuführen sei, um ernste Not zu verhindern, insbesondere weil von behördlicher Seite hinsichtlich Erwerbslosenunterstützung keinerlei Initiative vorlag.“

Nach wiederholten Beratungen und Hinzuziehung des Arbeitsamtes Aschaffenburg wurden am 7. Mai 1945 entsprechende Richtlinien für die „Gefolgschaftsmitglieder der Vereinigte Glanzstoff-Fabriken AG erlassen¹³. Die Bürgermeisterien der umliegenden Orte wurden durch einen Fragebogen aufgefordert, für jeden in ihrem Bezirk wohnenden Glanzstoffangehörigen die Unterhalts- und Verdienstverhältnisse zu klären. „Die interne Überprüfung der Gefolgschaft“ ergab, daß bei den im Spessart und Odenwald herrschenden kleinbäuerlichen Verhältnissen der größte Teil der bisher nicht eingesetzten Arbeiter während des Sommers zu Hause Beschäftigung und damit Unterhaltungsmöglichkeiten finden würde.